

Protokoll

der XI. Sitzung des 41. Studierendenparlaments der Philipps-Universität Marburg am
Donnerstag, den 19. Juli 2006

im Hörsaalgebäude, Hörsaal 7, Biegenstr. 14, 35037 Marburg.

ProtokollantInnen: **Kaia Jungjohann**, **Felix Rensch**

Die Sitzung ist öffentlich.

[Begrüßung, Beschlussfähigkeit]

Die Präsidentin des 41. Studierendenparlaments, **Julia Becker** (gruppe dissident) eröffnet die Sitzung um 20:20 Uhr und begrüßt alle anwesenden ParlamentarierInnen. Sie stellt bei 24 Anwesenden die Beschlussfähigkeit fest. Sie teilt mit, dass **Eva Scharbatke** (LHG) von ihrem Mandat zurückgetreten ist. Für **Eva** rückt **Björn Bernstein** nach. Außerdem von ihrem Mandat zurückgetreten ist **Katrin Haus** (Juso-HSG). Für **Katrin** rückt **Matthias Schipper** nach, der ebenfalls von seinem Mandat zurückgetreten ist. Für **Matthias** rückt **Stefan Scholl** nach.

TOP 1 [Protokoll vom 29.06.06]

Julia fragt, ob es Anmerkungen zum Protokoll gebe. Es gibt keine Wünsche zur Änderung des Protokolls. Damit ist das Protokoll genehmigt.

TOP 2 [Tagesordnung]

Vorläufige Tagesordnung:

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1. Genehmigung des Protokolls vom 29.06.06
2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
3. Bericht des AStA
4. Bericht der studentischen Vertreter im Vorstand des Studierendenwerks
5. Diskussion zur Wahl
6. Satzungsänderung 1. Lesung*
7. Satzungsänderung 2. Lesung*
8. Ehrendoktorwürde Helmut Schmidt: Diskussion und Beschluss

- 9. Coca-Cola Boykott
- 10. Verschiedenes

* Aus der Satzung der Studierendenschaft geht nicht eindeutig hervor, ob KandidatInnen für das Studierendenparlament gleichzeitig Mitglieder des studentischen Wahlausschusses sein dürfen. Diesbezüglich soll die Satzung präzisiert werden.

Philipp Ostermann (LHG) möchte die TOP 6. bis 8. vor den TOP 4. verschieben. Gegen diesen Antrag gibt es eine formale Gegenrede. **Philipps** Antrag kommt zur Abstimmung mit dem Ergebnis 3:11:8 und ist damit abgelehnt.

Julia schlägt vor, die TOP 6. und 7. von der Tagesordnung zu streichen, da eine Satzungsänderung lediglich dem 42. Studierendenparlament vorgeschlagen werden sollte. Es gibt keine Gegenrede und die TOP 6. und 7. werden von der TO gestrichen.

Roman George (Linke Bündnisliste) möchte einen neuen TOP „Öffentlicher Personennahverkehr“ vor dem TOP „Verschiedenes“ in die TO einfügen. Es gibt keine Einwände und die TO wird dementsprechend geändert.

Die geänderte TO sieht wie folgt aus:

- Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1. Genehmigung des Protokolls vom 29.06.06
- 2. Genehmigung der weiteren Tagesordnung
- 3. Bericht des AStA
- 4. Bericht der studentischen Vertreter im Vorstand des Studierendenwerks
- 5. Diskussion zur Wahl
- 6. Ehrendoktorwürde Helmut Schmidt: Diskussion und Beschluss
- 7. Coca-Cola Boykott
- 8. Öffentlicher Personennahverkehr
- 9. Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Anmerkungen und Änderungswünsche zur TO. Die TO ist in ihrer geänderten Form genehmigt und es wird im weiteren Verlauf nach der geänderten TO verfahren.

TOP 3 [Bericht des AStA]

Melanie Micudaj (AStA-Vorsitzende) hält den Bericht des AStA. Sie berichtet, dass die Arbeit des AStA derzeit stark von den Protesten gegen Studiengebühren geprägt sei. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und Sozialabbau (ABSS) habe eine Besetzungs-Aktion des hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK) durchgeführt, die ein großer Erfolg gewesen sei.

Der AStA sei an der Planung und Durchführung der Vollversammlung beteiligt gewesen und leiste Anti-Repressionsarbeit in Zusammenhang mit dem harten Vorgehen gegen Studierende auf einer Demonstration gegen Studiengebühren in Frankfurt. Der AStA habe darüber hinaus in Marburg eine große Demonstration gegen Studiengebühren organisiert und durchgeführt.

Melanie weist außerdem auf eine Veranstaltung des AStA hin, die die spezifischen Auswirkungen von Studiengebühren auf Frauen thematisiert.

Sie weist auf die Vernetzungsarbeit des AStA hin und berichtet von einem Treffen mit SPD-Landtagsabgeordneten, bei dem die soziale Lage der Studierenden in Marburg vom AStA thematisiert worden sei. Sie berichtet, dass Oberbürgermeister Egon Vaupel zugesagt habe, den Härtefallfonds mit 5.000 Euro zu unterstützen.

TOP 4 [Bericht der studentischen Vertreter im Vorstand des Studierendenwerks]

Julia übergibt das Wort an die beiden studentischen Studierendenwerksvertreter **Jörg Bechtold** und **Meik Kötter**.

Meik beginnt mit der Vorstellung des neuen Studentenwerkgesetzes des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (HMWK).

Vor anderthalb Jahren habe die FDP einen ersten Entwurf vorgestellt, dieser sollte als gemeinsamer Beschluss aller Fraktionen im Hessischen Landtag verabschiedet werden. Daraufhin habe es ein Anhörungsverfahren gegeben, bei dem es ein Minderheitsvotum der studentischen Vertreter des Marburger Studierendenwerksvorstands gegen den Entwurf gegeben habe. Mittlerweile sei aber ein gemeinsames Gesetz der CDU/ FDP verabschiedet.

Das Gesetz sehe vor, dass Aufgaben der Studierendenwerke von den Universitäten oder privaten Dritten übernommen werden könnten. Kritik sei daran zu üben, dass das Antragsrecht der Hochschulen dem Selbsthilfeantrag der Studierendenwerke widerspreche, damit sei der Selbsthilfeantrag gestrichen. Beim Abtreten von Dienstleistungen an private Dritte könnten diese Beiträge erheben, die Studierenden hätten dabei keine Mitsprache.

Aufgaben und Organe des Studierendenwerks änderten sich:

Statt eines „Vorstands“ gebe es einen „Verwaltungsrat“ mit gleicher Zusammensetzung aber wesentlich beschnittenen Kompetenzen; studentische Studierendenwerksvertreter würden nicht mehr vom StuPa gewählt, sondern nur noch vom StuPa-Präsidium benannt.

Aufgabeneinbußen des neuen Verwaltungsrats seien in der Personalkompetenz und beim Entscheidungsprimat desselben zu beklagen. Auch in der Wirtschaftsführung seien die Studierendenwerke künftig eingeschränkt, da das HMWK Beiträge nach Haushaltslage erhöhen könne. Ziel- und Leistungsvereinbarungen seien nicht gegenseitig, da Zuschüsse nur nach Haushaltslage gewährt würden, ein Sockelbetrag wäre besser gewesen.

Insgesamt sähen die studentischen Vertreter im Studierendenwerksvorstand das Gesetz negativ, man müsse aber jetzt damit arbeiten.

Roman fragt nach, ob die Erhebung von Beiträgen durch private Dritter tatsächlich möglich sei.

Meik gibt die Auskunft, dass das nicht abschließend geklärt, aber prinzipiell möglich sei.

Kristina Fischer (Juso-HSG) stellt die Frage nach einer möglichen

Vollprivatisierung der Mensen mit nur noch formellem Bestehen der Studierendenwerke.

Meik schätzt ein, dass dies möglich sei, v. a. bei gewinnträchtigen Bereichen. Dann seien z. B. auch keine psychologischen und sozialen Dienstleistungen der Studierendenwerke mehr möglich.

Jan Christoph Gail (GHG) möchte wissen, ab wann das Gesetz in Kraft sei und wie dies zu Stande gekommen sei.

Meik gibt die Auskunft, dass es seit zwei Wochen in Kraft sei. Nach dem Anhörungsverfahren habe es mehrere Gesetzesentwürfe gegeben, von denen schließlich der CDU/ FDP-Entwurf verabschiedet worden sei.

Jörg Bechtold fährt mit dem Bericht der studentischen Vertreter im Studierendenwerksvorstand fort:

Die studentischen Vertreter hätten gefordert, dass sich der Studierendenwerksvorstand allgemein gegen Studiengebühren aussprechen solle; dies habe er aber leider nicht getan. Es sei nur zur allgemeinen kritischen Anmerkung zum jetzigen Entwurf der hessischen Landesregierung gekommen.

Zur Uni-Card habe es ebenfalls einen Beschluss im Vorstand gegeben. So werde es zur Gewährleistung des Datenschutzes keine Uni-Card geben.

Die Barrierefreiheit der Milchbar sei verbessert worden. So könne man jetzt nach 20 Uhr den Hausmeister per Handy erreichen, die Handynummer sei an der Tür vermerkt.

Für studentische Beschäftigte gebe es jetzt eine Urlaubsregelung im Studierendenwerk. Nach der Einigung zwischen dem Studierendenwerk und dem Sozialreferat des AStA wird Urlaubsgeld nach Abschluss eines Ein-Jahres-Vertrags ausgezahlt.

Julia gibt bekannt, dass es einen Antrag des StuPa-Präsidiums gebe, dass die beiden Studierendenwerksvertreter trotz des neuen Studierendenwerksgesetzes weiterhin zunächst vom StuPa gewählt und anschließend gegenüber der Universitätsverwaltung ernannt werden.

Das 41. Studierendenparlament möge beschließen:

Das neue „Gesetz über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessens“ sieht in § 5 (5) vor, dass die studentischen VertreterInnen im Verwaltungsrat des Studentenwerks künftig vom Präsidium des Studierendenparlaments benannt werden sollen.

Um eine demokratische Legitimation der studentischen VertreterInnen im Verwaltungsrat des Studentenwerks zu gewährleisten, soll der Benennung durch das Präsidium des Studierendenparlaments eine Wahl der studentischen VertreterInnen durch das Studierendenparlament vorausgehen. Die Benennung der studentischen VertreterInnen durch das Präsidium wird entsprechend dem Wahlergebnis des Studierendenparlaments vorgenommen.

Ergebnis der Abstimmung über den Antrag des StuPa-Präsidiums:

24:00:00

Somit werden die bereits gewählten studentischen Vertreter **Meik Kötter** und **Jörg Bechtold** jetzt für ihre verbelebende Amtszeit für den Verwaltungsrat des Studierendenwerks vom Präsidium des Studierendenparlaments benannt.

TOP 5 [Diskussion zur Wahl]

Von der Juso-Hochschulgruppe liegt ein Antrag vor. **Dania Lemke** (Juso-HSG) bringt den Antrag ein.

Das 41. Studierendenparlament möge beschließen:

Die vergangene Wahl zum 42. StuPa und anderen Hochschulgremien wies erhebliche Verstöße gegen Satzung und Wahlordnung auf. Insbesondere: Die Wahllokale wurden nicht rechtzeitig geöffnet, mangelhafte Einweisung der Wahlhelfer, keine ausreichenden Wahlkabinen für eine geheime Wahl, Studierende waren nicht im Wählerverzeichnis eingetragen und durften nicht wählen, der studentische Wahlausschussvorsitzende befand sich entgegen der Satzung nicht in den Räumen der Studierendenschaft, den Anordnungen des studentischen Wahlvorstandes wurde nicht von allen Listen Folge geleistet, in den Wahlbüros wurde regelmäßig nicht nach einem Lichtbildausweis zur Identitätsfeststellung gefragt, Das 42. Studierendenparlament wird dazu aufgefordert im neuen Geschäftsjahr Satzung und Wahlordnung dahingehend zu überarbeiten, dass die Mängel abgestellt werden. Desweiteren wird das 42. StuPa dazu angehalten weitere Sanktionsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Marcel Hennes (Fachkraft) möchte wissen, ob Änderungen aus dem Protokoll des Wahlausschusses in den Juso-Antrag aufgenommen worden seien.

Jonas Knöll (Fachkraft) fügt hinzu, dass das Protokoll stark geändert worden sei.

Kristina merkt an, dass sich an der inhaltlichen Kritik nichts geändert habe.

Marcel fragt, ob die Jusos die Wahlkommission, verbunden mit einer Satzungsänderung einberufen möchten.

Annika Schmidt-Ehry (Juso-HSG) meint, es gebe keinen anderen Weg, da RCDS und LHG in der Kürze der Zeit keine KandidatInnen für die Wahlkommission gefunden hätten.

Jonas merkt an, dass er ein Problem mit der Formulierung „erhebliche Mängel“ habe.

Annika entgegnet, dass die Stärke des Ausdrucks allein sagen solle, dass es Mängel gegeben habe, dies könne nicht zu einer Wahlanfechtung genutzt werden.

Marcel stellt einen Änderungsantrag zum Juso-Antrag.

Jan-Patrick Behrend (Juso-HSG) stellt fest, dass man sich auf keine gemeinsame Position einigen könne.

Marcel wirft ein, dass das jetzige Protokoll des Wahlausschusses nur vorläufig sei.

Annika bekräftigt, dass das StuPa unabhängig vom Wahlausschuss Mängel bei der Wahl feststellen könne und solle.

Jan Christoph wirft ein, dass alle an einer gelungenen Wahl interessiert seien und stellt die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser „peniblen Kleinkariertheit“.

Philipp entgegnet, auch er habe Interesse an einer erfolgreichen Wahl, dabei dürfe aber nicht eine hohe Wahlbeteiligung mit einer mangelbehafteten Wahl erkaufte werden.

Marcel stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf sofortige Abstimmung.

Jan-Patrick hält formale Gegenrede.

Ergebnis der Abstimmung:

12:05:08

Abstimmung über den Juso-Antrag:

08:06:11

Damit ist der Antrag der Juso-HSG abgelehnt.

TOP 6 [Ehrendoktorwürde Helmut Schmidt: Diskussion und Beschluss]

Julia beantragt Rederecht für **Jörg Hackfurth**.

Juko verliest den Antrag des AStA:

Das 41. Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg möge beschließen:

Das 41. Studierendenparlament unterstützt Prof. Dr. Frank Deppes Antrag vom 27. Mai 2006 auf Ablehnung des Antrags Prof. Dr. Peter Janichs bzw. Des Instituts für Philosophie auf Verleihung der Würde des Doktors der Philosophie ehrenhalber durch den Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg an Herrn Altbundeskanzler Dr. h.c.mult. Helmut Schmidt.

Das Studierendenparlament folgt hierbei der Argumentation von Frank Deppe:

1. Weder die auswärtigen Gutachter, noch die Laudatio des Herrn Kollegen Janich vermögen überzeugend darzulegen, dass der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Herrn Helmut Schmidt den Grad eines Doktors ehrenhalber (Dr. Phil. h.c.) „aufgrund von hervorragenden und eigenständigen geistig-schöpferischen Leistungen“ (so die Promotionsordnung des Fachbereichs) im Fachgebiet Philosophie verleihen soll.
2. Die Leistungen von Herrn Schmidt als einem bedeutenden Repräsentanten der nationalen wie der internationalen Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind unbestritten. Ob jedoch seine Politik besonders erfolgreich war, ob sie

zustimmungsfähig war, ob deren auch auf die Philosophie bezugnehmenden Hintergrundannahmen überzeugend waren und sind – all das ist höchst umstritten. Vor allem Anhängerinnen und Anhänger der kritischen Theorie, der Gesellschafts- und Politikanalyse in der Tradition des linken Flügels der Aufklärung, des Linkshegelianismus, der Marx'schen Theorie und der Geschichte der sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts hatten immer Grund, sich in einer Position der Opposition gegen die von Helmut Schmidt vertretene politische Linie und deren oft nur schwer erkennbare philosophische Hintergrundannahmen zu definieren.

3. Im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität (und in den Vorgängerinstituten der Philosophischen Fakultät) gab es im bundesdeutschen Vergleich seit den sechziger Jahren überdurchschnittlich viele Professorinnen und Professoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Studierende, die sich mit wissenschaftlichen und politischen Positionen identifizierten, die von Helmut Schmidt heftig kritisiert wurden und die ihrerseits an Aktivitäten beteiligt waren, die sich u. a. auch gegen die Politik von Helmut Schmidt richteten. Das Institut für Politikwissenschaft hat gerade Wolfgang Abendroth aus Anlass seines 100. Geburtstags geehrt. Wolfgang Abendroth war gleichsam innerhalb und außerhalb der SPD Antipode zu Helmut Schmidt. Darüberhinaus haben Professoren wie Heinz Maus, Werner Hofmann, Karl-Hermann Tjaden, Dieter Boris, Renate Rausch, Rainer Rilling, Hans Heinz Holz, Burkhard Tuschling, Reinhard Kühnl, Peter Römer, Hans Karl Rupp, Georg Fülberth und Frank Deppe an diesem Fachbereich auf unterschiedliche Weise Positionen vertreten, die mit dem kritischen Rationalismus von Popper und der sozialdemokratischen Politik von Helmut Schmidt wenig gemein hatten.

Der Fachbereichsrat hat inzwischen gegen den Widerstand der studentischen Vertreter mehrheitlich entschieden, Helmut Schmidt die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Damit wurde das Prinzip des Konsensus, das bei der Verleihung von Ehrendoktorwürden durch den Fachbereich gelten sollte, außer Kraft gesetzt.

Das Studierendenparlament der Philipps-Universität hält es für angemessen, dass diese Mehrheitsentscheidung nun weiter öffentlich debattiert und kritisiert wird.

Insbesondere vor dem Hintergrund von Studiengebühren, Clusterbildung und sogenannter Exzellenzinitiative, die wir als neoliberale Umstrukturierungsmaßnahmen des Hochschulwesens wahrnehmen, betrachten wir die Verleihung des Titels doctor honoris causa an Helmut Schmidt als eine Provokation.

Sonja Rick (Juso-HSG) stellt einen Antrag auf Nichtbefassung. Es kommt zur Abstimmung mit dem Ergebnis 7:16:0. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Es gibt eine Debatte über den Antrag des AStA.

Grischa Beissner (RCDS) und **Björn Bernstein** verlassen die Sitzung.

Philipp stellt Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit. **Julia** gibt bekannt, dass das Parlament mit 21 Anwesenden beschlussfähig sei.

Philipp Ostermann verlässt die Sitzung.

Jan-Patrick stellt Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit. **Julia** gibt bekannt, dass nur noch 20 ParlamentarierInnen anwesend sind und das Parlament damit nicht mehr beschlussfähig sei. Sie weist darauf hin, dass direkt zum TOP „Verschiedenes“ übergegangen wird und die restlichen TOP nicht mehr behandelt werden könnten.

TOP 7 [Verschiedenes]

Alexander Klock (Rosa Liste) kündigt eine Veranstaltung des Schwulenreferats an.

Sebastian Heinisch (Sozialistische Linke) weist auf eine Veranstaltung des Referats für kritische Wissenschaft des AStA hin.

Jan-Patrick verabschiedet sich von der Marburger Hochschulpolitik.
Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

Julia schließt die Sitzung um 21:35 Uhr.

Für das Protokoll:

gez. **Kaia Jungjohann**

Vizepräsidentin des 41. StuPa

gez. **Felix Rensch**

Vizepräsident des 41. StuPa

Für die Richtigkeit:

gez. **Julia Becker**

Präsidentin des 41. StuPa

